

**Mehr Demokratie durch
Informationsfreiheit**



FragDenStaat

Sebastian & Johannes

Das Mauern muss weg

Herrschaftswissen abschaffen

offentlighetsprincipen

253!

FOIA

53!

IFG

13!

FragDenStaat

8!

Briefwechsel & E-Mails

Gutachten & Verträge

Gästeliste & Quellcode

Fotos & Videos

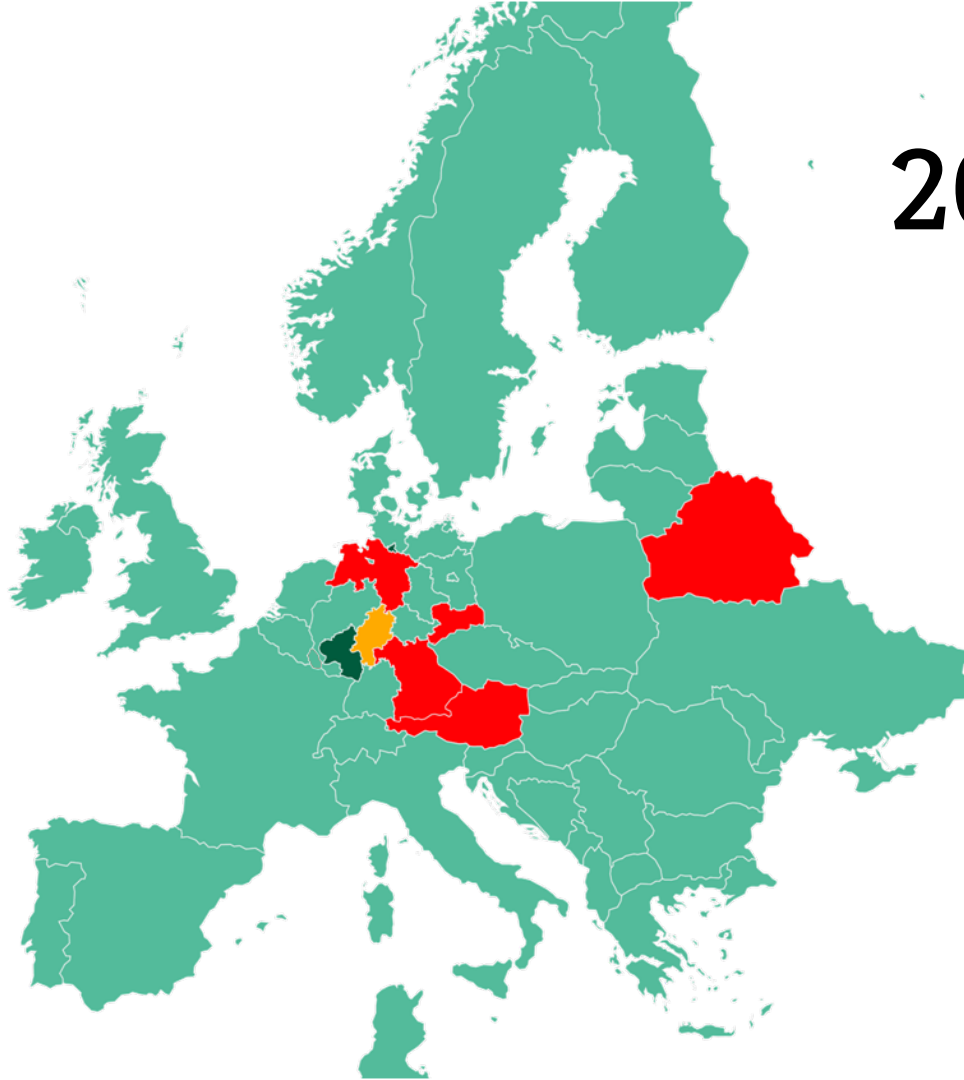
Öffentliche Stellen

Formlos

1 Monat



2019



Hamburgisches Transparenzgesetz (HmbTG)

Vom 19. Juni 2012

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

Abschnitt 1 Transparenzgebot

§ 1

Gesetzeszweck

(1) Zweck dieses Gesetzes ist es, durch ein umfassendes Informationsrecht die bei den in § 2 Absatz 3 bezeichneten Stellen vorhandenen Informationen unter Wahrung des Schutzes personenbezogener Daten unmittelbar der Allgemeinheit zugänglich zu machen und zu verbreiten, um über die bestehenden Informationsmöglichkeiten hinaus die demokratische Meinungs- und Willensbildung zu fördern und eine Kontrolle des staatlichen Handelns zu ermöglichen.

(2) Jede Person hat nach Maßgabe dieses Gesetzes Anspruch auf unverzüglichen Zugang zu allen Informationen der auskunftspflichtigen Stellen sowie auf Veröffentlichung der in § 3 Absatz 1 genannten Informationen.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Informationen sind alle Aufzeichnungen, unabhängig von der Art ihrer Speicherung.


(2) Veröffentlichungen sind Aufzeichnungen im Informationsregister nach Maßgabe des § 10.

(3) Behörden sind alle Stellen im Sinne des § 1 Absatz 2 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 9. November 1977 (HmbGVBl. S. 333, 402), zuletzt geändert am 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 444, 449), in der jeweils geltenden Fassung; als Behörden gelten auch natürliche oder juristische Personen des Privatrechts, soweit sie öffentliche Aufgaben, insbesondere solche der Daseinsvorsorge, wahrnehmen oder öffentliche Dienstleistungen erbringen und dabei der Kontrolle der Freien und Hansestadt Hamburg oder einer unter ihrer Aufsicht stehenden juristischen Person des öffentlichen Rechts unterliegen.





Transparenzportal Hamburg

bereitgestellt von
hamburg.de 

transparenz.hamburg.de



SUCHE

TRANSPARENZPORTAL

TRANSPARENZGESETZ

OPEN DATA

HILFE

KONTAKT

Portal durchsuchen



ERWEITERTE SUCHE

HILFE ZUR SUCHE

Nur neueste Version eines Datensatzes anzeigen



Novellierung des Hamburgischen Transparenzgesetzes

Der Senat hat den neuen Gesetzesentwurf für das HmbTG am 30. Juli verabschiedet.



Das Gutachten zum Transparenzgesetz ist veröffentlicht!

Der Abschlussbericht zur Evaluation des HmbTG kann im Transparenzportal eingesehen werden.

DOKUMENTE UND DATEN IM TRANSPARENZPORTAL:

[Immobilienmarktberichte](#)

[Radfahren in Hamburg](#)

ÜBER DAS TRANSPARENZPORTAL:

[Das Transparenzportal Hamburg](#)

[Das Gutachten zum](#)

[✔ Behörde wählen](#)[🕒 Anfrage stellen](#)[🕒 Anfrage prüfen](#)

Schreiben Sie die Anfrage

An: Polizei Hamburg

[ändern](#)

Betreff

Anfrage nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) / HmbUIG / VIG

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie bitten, mir Folgendes zuzusenden:

[...]

 Vorlage anpassen

Mit freundlichen Grüßen
Sebastian Schröder

Wichtige Hinweise:

- Schreiben Sie Ihre Anfrage in **einfacher, präziser Sprache**.
- Fragen Sie nach **spezifischen** Dokumenten oder Informationen.
- Halten Sie es **kurz und bündig**.
- Diese Seite ist **öffentlich**. Alles, was Sie eingeben und die Antworten werden veröffentlicht.
- Schließen Sie **keine** persönlichen Daten in Ihre Anfrage ein.
- Fragen Sie **nicht** nach persönlichen Informationen.



Gästeliste Eröffnungskonzert Elbphilharmonie

Anfrage

Status festlegen

Nachricht schreiben

Post erhalten?

Post versendet?

Vermittlung

Gesetz festlegen

Zusammenfassung schreiben

Anfrage an:

HamburgMusik gGmbH Elbphilharmonie und Laeiszhalle Betriebsgesellschaft

Verwendete Gesetze:

- Hamburgisches Umweltinformationsgesetz (HmbUIG)
- Verbraucherinformationsgesetz (VIG)
- Hamburgisches Transparenzgesetz (HmbTG)

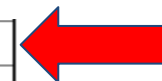
Status dieser Anfrage:

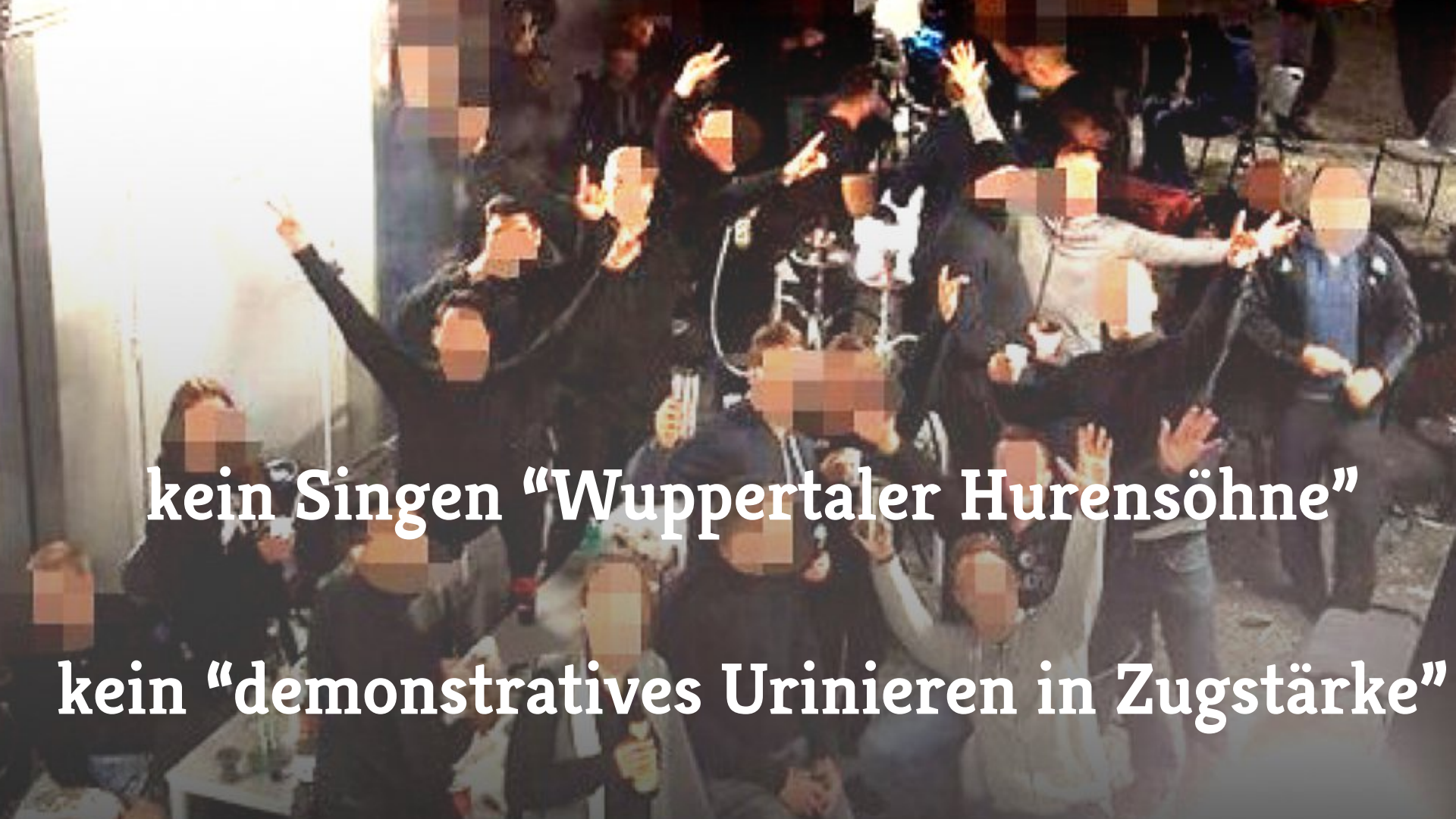
Anfrage erfolgreich

Zusammenfassung der Anfrage

Anfrage nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) / HmbUIG

von Beust	Ole
von Borstel	Christa
von Carlsburg	Stefanie
von Dohnanyi	Klaus
von Dohnányi	Barbara
von Foerster	Peter
von Foerster	Gabriele
von Grone	Caroline
von Haugwitz	Nikolas
von Notz	Börries
von Notz	Petra
von Rantzau	Alexandra
von Rehlingen	Alexandra
von Rehlingen Prinz	Fidelius
von Saldern	Dietrich
von Saldern	Leonie
von Salzen	Florian
von Schierstädt	Barbara
von Schierstädt	Herrn Maximilian Hubertus Ulf Johannes
von Schierstädt	Monica Brigitte Mathilde Anni
von Schmidt	Franziska
von Spreckelsen	Claudia
von Treuenfels	Anna-Elisabeth





kein Singen "Wuppertaler Hurensöhne"

kein "demonstratives Urinieren in Zugstärke"



HAMBACHER FORST

Aktion
Unterholz
CC BY-NC 2.0



Ende Gelände
CC BY-NC-SA 2.0

System Change
not
Climate Change

Gegen Löcher & Dreck
Für Boden und Luft

RWE

RWE Power AG, Stüttgenweg 2, 50935 Köln

Gemeinde Merzenich
Der Bürgermeister
Herrn Bürgermeister Georg Gelhausen
Valdersweg 1
52399 Merzenich

Köln, 2. Juli 2018

**Antrag
auf Räumung von Waldbesetzungen
in Teilbereichen der Reste des Hambacher Forsts
zum Zwecke der planmäßigen Fortsetzung
des genehmigten Braunkohlentagebaus Hambach**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir verweisen auf unseren beigefügten Antrag – gerichtet an das Polizeipräsidium Aachen sowie die Stadt Kerpen und die Gemeinde Merzenich als örtliche Ordnungsbehörden.

FB I	Gemeinde Merzenich	b.R.
FB II	Eingang	AE
FB III	11. Juli 2018	z.w.V.
Stab		z.d.A.

Öffentliches Recht Deutschland

Ihre Zeichen
Ihre Nachricht
Unsere Zeichen PEJ-G
Name
Telefon +49 221480-22069
Telefax
E-Mail
Postanschrift Stüttgenweg 2
50935 Köln

el.
Zukunft. Sicher. Machen.





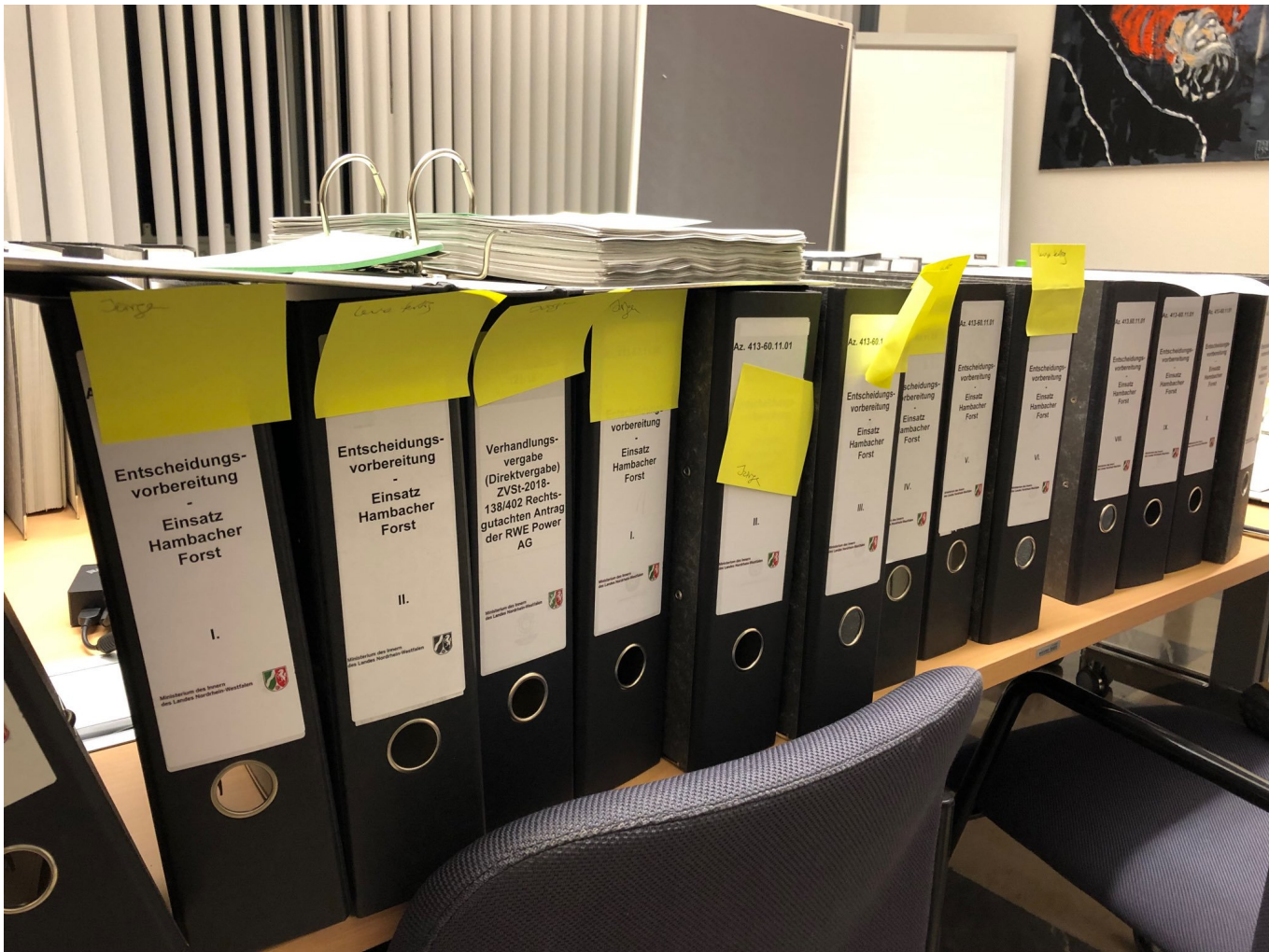
Räumung des Hambacher Forstes

(1254/18)

Grenzen der originären polizeilichen Zuständigkeit zur Verhütung von Straftaten

Bekanntlich hat die Polizei gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 PolG NRW die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren (Gefahrenabwehr). Sie hat gemäß § 1 Abs. 1 S. 2 PolG NRW im Rahmen der Aufgabe der Gefahrenabwehr Straftaten zu verhüten sowie vorbeugend zu bekämpfen und die erforderlichen Vorbereitungen für die Hilfeleistung und das Handeln in Gefahrenfällen zu treffen. Die Vorschrift des § 1 Abs. 1 S. 2 PolG NRW begründet im Rahmen ihres Anwendungsbereichs eine originäre Zuständigkeit der Polizei, verdrängt dabei allerdings nicht die parallele Zuständigkeit der Ordnungsbehörden (vgl. ausdrücklich *Tegtmeyer/Vahle*, PolG NRW, 11. Aufl., § 1, Rn. 15).

Im Rahmen dieses Vermerks soll der Frage nachgegangen werden, ob aus der polizeilichen Aufgabenzuweisung in § 1 Abs. 1 S. 2 PolG NRW eine originäre Zuständigkeit der Polizeibehörden des Landes NRW für Eingriffs- oder Zwangsmaßnahmen im Vorfeld oder bei der



VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH



Protokoll zur **Besprechung vom 26.07.2018**

Sicherheitsstörungen im Zusammenhang mit dem Braunkohletagebau, hier:
Planungen zur Rodungsperiode 01.10.2018 - 28.02.2019

Konkretisierung des Ministergesprächs am 16.07.2018

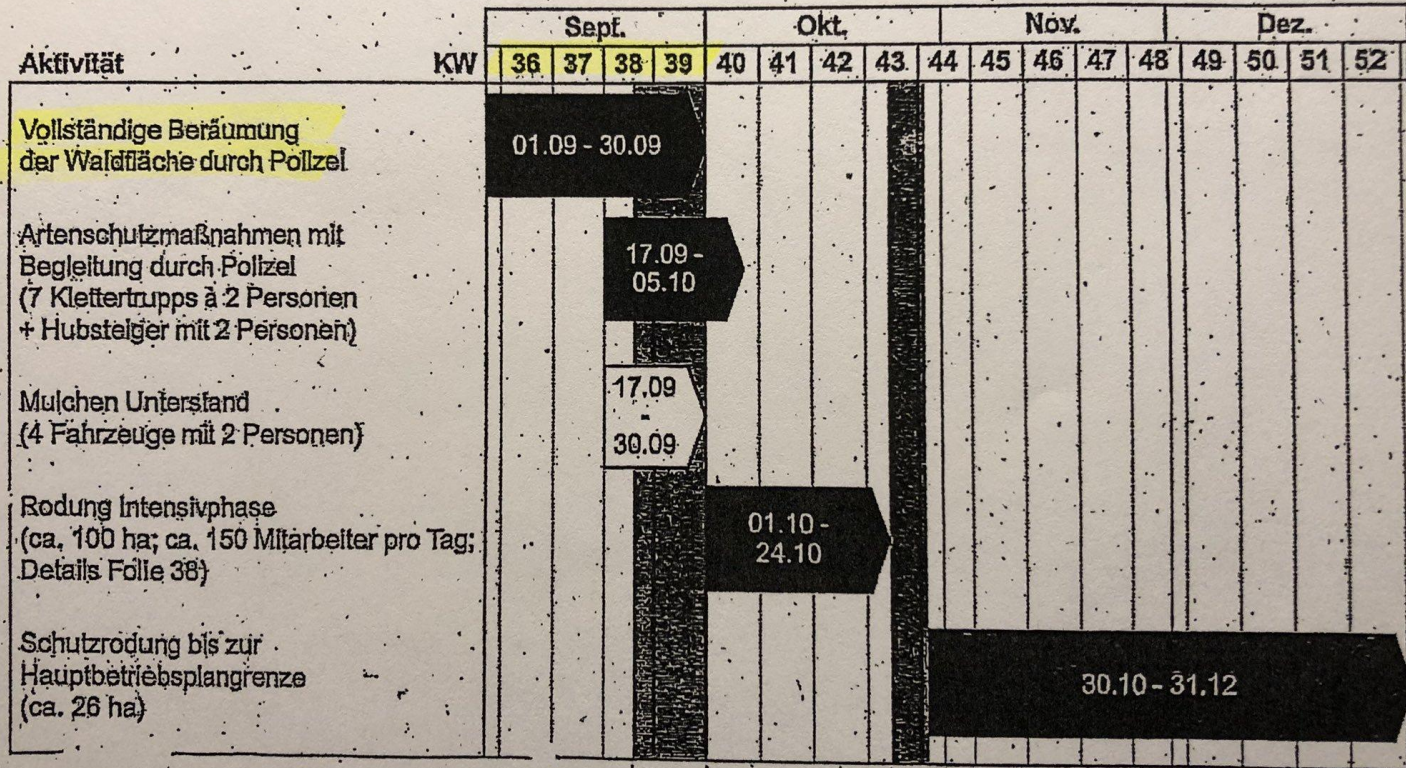
Zeit: 10:30 - 13:00 Uhr

Teilnehmer: **RWE Power AG:** Herr Engelbrecht (Konzernsicherheit), Herr Dr. Marx (Abteilung Tagebauplanung), Herr Becker-Berke (Rechtsabteilung), Herr Zimmer (Forstabteilung)

PP Aachen: Herr PD Sauer (Polizeiführer)

IM NRW: Herr LPD Lukat (Leiter Referat 413), Herr POR Bauermann (Referent Referat 413), Herr KD Sandvoß (künftig: PP Köln, Leiter Ständiger Stab), Herr PHK Sethmacher (Referat 413), Frau Tempelmann (Referat 413)

Zeitplan zur Erreichung der Rodungsleistung in 2018



Skill Sharing Camp
21.09 - 30.09

Ende Gelände
25.10 - 29.10



**FEINE SAHNE
FISCHEILET**



NOTIZ

An

Dienststelle

Leiter Minister Büro

Telefon: 2055

25.11.2012 16:55

Datum / Uhrzeit:

Betreff: Präsentkorb "Feine Sahne Fischfilet
Main Steffen,

wiebesprache ist der Korb heute
an die Tafel Schwerin übergeben
worden. Jes hat alles beauftragt
für S. Müller

Rücksprache

Ruft wieder an

Kennntnisnahme

weitere Bearbeitung

Bauhaus Dessau

TVT media GmbH
[REDACTED]

Oberländer Ufer 180 – 182
50968 Köln

ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN
Programmleitung Vors. [REDACTED]
55100 Mainz

Stiftung Bauhaus Dessau
Gropiusallee 38
06846 Dessau-Roßlau

Dr. Claudia Perren
Direktorin und Vorstand
T + 49 340 6508 - 300
perren@
bauhaus-dessau.de

Dessau-Roßlau,
den 17.10.2018

**Betr. zdf@bauhaus Konzert der Band *Feine Sahne Fischfilet* am 6.
November 2018**

Sehr geehrte [REDACTED]

in Bezug auf unser Hausrecht als Stiftung Bauhaus Dessau als auch in Bezug auf den gültigen Vertrag zwischen der Stiftung Bauhaus Dessau und TvTMedia, Köln vom 26.03.2013 fordern wir Sie unverzüglich auf, das von Ihnen angesetzte Konzert der Band *Feine Sahne Fischfilet* in der Reihe zdf@bauhaus für den 6. November 2018 abzusagen sowie die Öffentlichkeit und Zuschauer, die bereits Tickets gebucht haben, in einer mit uns abgestimmten Pressemitteilung darüber zu informieren.

Sicherlich ist es Ihnen nicht entgangen, dass sich rechte Gruppierungen gegen den Auftritt der Band *Feine Sahne Fischfilet* im Bauhaus Dessau bereits mobilisieren.

Das Bauhaus Dessau ist historisch und zeitgenössisch ein Ort für alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Nationalität. Politische extreme Positionen, ob von rechts oder links finden am Bauhaus Dessau keine Plattform.



AFGHANISTAN

~~VS – Nur für den Dienstgebrauch~~

in geschwärzter
Fassung nicht als
VS eingestuft

AUSWÄRTIGES AMT

Gz: 508-516.80/3 AFG

Berlin, 31.05.2018

**Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der
ISLAMISCHEN REPUBLIK AFGHANISTAN
(Stand Mai 2018)**

Grundsätzliche Anmerkungen:

1. Auftrag: Das Auswärtige Amt erstellt Lageberichte in Erfüllung seiner **Pflicht zur Rechts- und Amtshilfe** gegenüber Behörden und Gerichten des Bundes und der Länder (Art. 35 Abs. 1 GG, §§ 14, 99 Abs. 1 VwGO). Insoweit wird auf die Entscheidung des BVerfG vom 14.05.1996 (BVerfGE 94, 115) zu sicheren Herkunftsstaaten besonders hingewiesen, in der es heißt: „Angesichts der Tatsache, dass die Verfassung dem Gesetzgeber die Einschätzung von Auslandssachverhalten aufgibt (...), fällt gerade den Auslandsvertretungen eine Verantwor-

[REDACTED]

[REDACTED]. Fortschritte sind allerdings durchaus erkennbar.



[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

It is essential to avoid either government or private forms of censorship or 'Ministries of Truth'.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

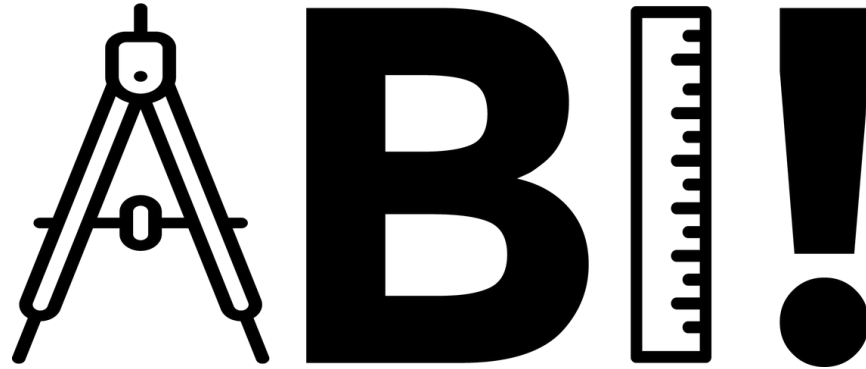
[REDACTED]

It is essential to avoid either government or private forms of censorship or 'Ministries of Truth'. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

FRAG SIE



WIKIMEDIA
DEUTSCHLAND



FragDenStaat

FRAG SIE



Hamburg

In Hamburg können Aufgaben und Lösungen mithilfe des Transparenzgesetzes angefragt werden.

Mathematik



Geschichte



Johann Wolfgang von Goethe

An vollen

- [redacted]
[redacted]
[redacted]
[redacted]
- [redacted]
[redacted]
[redacted]
[redacted]
- [redacted]
[redacted]
[redacted]
[redacted] Schoß.



in der o.g. Verwaltungsstreitsache wird mitgeteilt, dass der Schriftsatz vom 23.07.2019 keine Antwort auf die vom Gericht mit Verfügung vom 22.05.2019 unter Fristsetzung gestellten Fragen enthält, weshalb der Antrag des Klägers nicht verbeschieden wurde und

Topf Secret



TOPF SECRET

Wie sauber ist Ihr Lieblingsrestaurant?

1. Betrieb finden

Suchen Sie ein Restaurant, Kiosk oder Supermarkt auf der Karte oder per Suche aus.

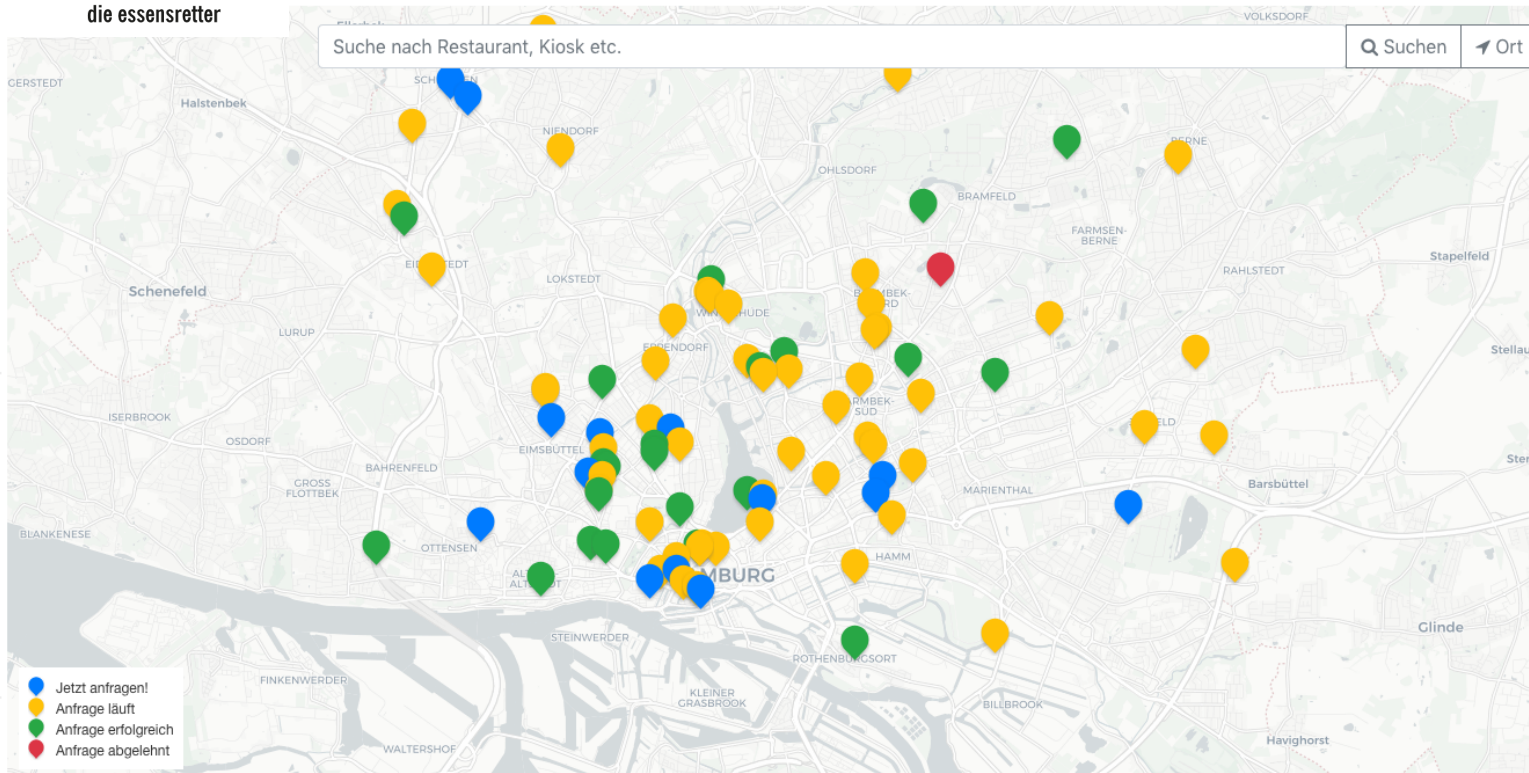
2. Behörde anfragen

Füllen Sie das Formular aus, um die zuständige Behörde anzufragen.

3. Antwort erhalten

Sie erhalten innerhalb weniger Wochen die Ergebnisse von Hygienekontrollen zugesendet.

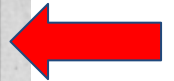
foodwatch
die essensretter



Betrieb: Rucola e Parma, Beim Schlump 27, 20144 Hamburg

Feststellungen bei der letzten Kontrolle am: 25.03.2019

1.	Lagerraum neben Küchenvorraum	Die Wandlampe verfügte nicht über eine Schutzabdeckung, weshalb sie nicht leicht zu reinigen und erforderlichenfalls zu desinfizieren war und die Gefahr einer Kontamination bzw. nachteilige Beeinflussung von Lebensmitteln mit Glassplintern bestand. Die Schutzabdeckung ist nachzurüsten.
2.	Gastraum	Es wurden laut Auszeichnung Speisen mit Scampi angeboten, obwohl ausschließlich Garnelen verarbeitet wurden. Die Bezeichnung des Lebensmittels muss dem verwendeten Lebensmittel oder der verwendeten Zutat entsprechen und ist in Garnelen oder Gambas zu ändern.
3.	Kühlraum	Der Türgriff war beschädigt, weshalb er sich nicht mehr in einem einwandfreien Zustand befand. Der Türgriff ist instand zu setzen und zukünftig stets in einwandfreiem Zustand zu halten.
4.	Kühlraum	Es wurden vorverpackte Kräuter (Salbeiblätter) vorrätig gehalten die schimmeltartige Anhaftungen aufwiesen, weshalb diese Lebensmittel verdorben und somit für den menschlichen Verzehr ungeeignet sind. Die Kräuter sind unschädlich zu beseitigen.



		Die Spanholzplatte ist zu entfernen.
26.	Küche	Für den Umgang mit Lebensmitteln wurden Behälter verwendet, die für den Kontakt mit Lebensmitteln nicht geeignet waren.

Gläserne Gesetze

STELLUNGNAHME

ZUM REFERENTENENTWURF FÜR EIN GESETZ ZUR FÖRDERUNG VON MIETERSTROM

- **Quartiersmanagement fördern**
- **Mieterstrom auf gewerbliche Gebäude ausweiten**
- **Bürokratie verringern**
- **Einnahmeausfälle der Netzentgelte ausgleichen**
- **Ausbaudeckel abschaffen**
- **Gewerbe- und Körperschaftssteuerprivileg erhalten**

Allgemeines zum Referentenentwurf

Mieterstrommodelle können durch ihre ortsnahe Stromerzeugung und -verbrauch einen wesentlichen Beitrag für eine dezentrale Stromversorgung, insbesondere in dichtbesiedelten Gebieten, leisten. Der BVMW spricht sich für eine dezentrale Energiewende nach dem Prinzip „so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig“ aus. Die Detaillierung des Mieterstrom-Angebots der Energieversorger

Der BVMW begrüßt die Zielsetzung der Bundesregierung, mit dem Referentenentwurf zur Förderung von Mieterstrom erstmalig einen gesetzlichen Rahmen für Mieterstrom zu schaffen. Der vorliegende Referentenentwurf hat jedoch Nachbesserungspotenzial. Im Entwurf werden die Möglichkeiten zur Nutzung des Mieterstroms nur stark eingeschränkt und unklar definiert. In

Gläserne Gesetze: Bundesregierung beschließt standardmäßige Veröffentlichung von Lobby-Stellungnahmen

Der Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene wird transparenter. Nach dem Druck unserer Kampagne *Gläserne Gesetze* hat das Bundeskabinett heute die standardmäßige Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Lobby-Stellungnahmen beschlossen. Es bleibt trotzdem noch einiges zu tun.



A woman with short, light brown hair, wearing a teal blazer and a silver necklace, stands in a modern office environment with large glass windows. She has a serious expression and her hands are clasped in front of her.

**PRAKTISCHE BEISPIELE
OPEN GOVERNMENT PARTNERSHIP**

**wie kann ich mich daran beteiligen,
welche Verbände haben welche Stellungnahmen**

FragDenBundestag

DEM DEUTSCHEN VOLKE



Risikobewertung

GLYPHOSAT
UMWELTKILLER

WARNUNG
KREBSGEFAHR



Glyphosat

ABGEMAHNT

Gutachten jetzt selbst anfragen!

Sie haben das Recht, das Gutachten **kostenfrei** für Sie persönlich zu erhalten. **Nutzen Sie Ihr Recht!**

Stellen Sie eine identische Anfrage in Ihrem Namen, um Zugang zu den Informationen zu erhalten.

Ihre E-Mail-Adresse: **arne.semsrott@okfn.de**

Postadresse

c/o Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., Singerstraße
109, 10179 Berlin

Ihre Adresse wird nicht öffentlich angezeigt und wird nur gebraucht, weil eine Behörde Ihnen wahrscheinlich etwas per Post zusenden will.

[→ Eine identische Anfrage in Ihrem Namen stellen](#)

Bisher haben **43.750 weitere Personen** dieses Dokument angefragt.

Gutachten jetzt selbst anfragen!

Sie haben das Recht, das Gutachten **kostenfrei** für Sie persönlich zu erhalten. **Nutzen Sie Ihr Recht!**

Stellen Sie eine identische Anfrage in Ihrem Namen, um Zugang zu den Informationen zu erhalten.

45170 Anfragen !1!!11

Ihre E-Mail-Adresse:

Postadresse

Ihre Adresse wird nicht öffentlich angezeigt und wird nur gebraucht, weil eine Behörde Ihnen wahrscheinlich etwas per Post zusenden will.

[→ Eine identische Anfrage in Ihrem Namen stellen](#)

Bisher haben **43.750 weitere Personen** dieses Dokument angefragt.

**Stellungnahme des BfR zur IARC-Monographie über Glyphosat****Vorwort**

Der Entwurf des Bewertungsberichtes (RAR, engl. *Renewal Assessment Report*) für Glyphosat wurde im März 2014 veröffentlicht. Im Februar 2015 wurde der durch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) erstellte und nach der Konsultation mit den Mitgliedsstaaten und der Öffentlichkeit überarbeitete RAR für Glyphosat im Rahmen eines Experten-Treffens bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA, engl. *European Food Safety Authority*) diskutiert. Im Nachgang zu diesem Treffen wurde der RAR für Glyphosat durch das BfR nochmals ergänzt. Es wurden weitere Erläuterungen zu bestimmten Sachfragen und zusätzliche Bewertungstabellen zur Klarstellung eingefügt. Am 01. April 2015 wurde diese ergänzte Version an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) zur Weiterleitung an die EFSA übermittelt.

Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC, engl. *International Agency for Research on Cancer*), eine Einrichtung der Weltgesundheitsorganisation (WHO, engl. *World Health Organization*), hat Glyphosat auf Grundlage der weltweit frei verfügbaren Literatur zu Glyphosat bewertet und den Wirkstoff als „wahrscheinlich krebserzeugend für den Menschen (Gruppe 2A)“ beurteilt. Die vollständige Monographie zu Glyphosat (Volume 112) wurde am 29. Juli 2015 veröffentlicht.

Als berichterstattender Mitgliedstaat (RMS, engl. *Rapporteur Member State*) für das europäische Verfahren zur erneuten Genehmigung des Wirkstoffes Glyphosat wurde Deutschland von der EFSA beauftragt, eine Bewertung dieser IARC-Monographie bis zum 31. August 2015 zu erstellen, damit dieser wissenschaftliche Bericht noch im laufenden Verfahren berücksichtigt werden kann. Das BfR hat diese Bewertung in Form eines Addendums zum vorangegangenen RAR erstellt und an das BVL zur Weiterleitung an die EFSA übermittelt. Dieses Addendum wird in einer Konsultation von allen anderen Mitgliedsstaaten kommentiert. Auf einem Experten-Treffen der EFSA („*Pesticides Peer Review teleconference TC 117 Mammalian Toxicology*“) wird das Ergebnis der Konsultation am 29. September 2015 beraten. Die resultierende europäische Bewertung der IARC-Monographie wird von der EFSA in ihre Schlussfolgerung („*EFSA conclusion*“) im erneuten Genehmigungsverfahren zu Glyphosat einfließen und an die EU-Kommission übermittelt. Danach wird der abschließende RAR durch die EFSA veröffentlicht werden. Um die Integrität des Entscheidungsprozesses zu schützen, ist eine vorherige Veröffentlichung des überarbeiteten RAR, einschließlich des Addendums, nicht angezeigt.

Klagen



9. Mai 2019

**Geheime Milliardenrechnungen:
Wir klagen auf Transparenz bei
Steuerschätzungen**



2. Mai 2019

**Klage erfolgreich: Berliner Ver-
fassungsschutz muss Auskunft
geben (Update)**



17. April 2019

**Klage erfolgreich: Staatlicher
Braunkohlekonzern LMBV muss
Auskunft geben**



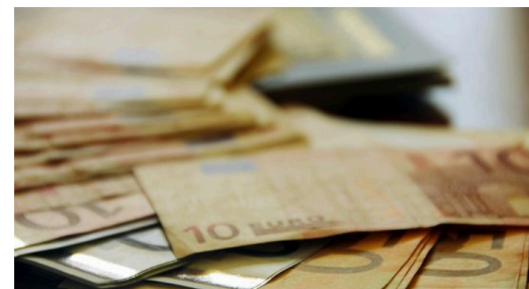
28. Juni 2019

**Klage gegen BND erfolgreich:
Geheimdienst muss grundsätz-
lich Auskunft geben (Update)**



28. Juni 2019

**Finanzministerium will Beirats-
protokolle geheimhalten: Wir klagen!**



1. April 2019

**Abschreckende Gebühren: Wir
gewinnen Klage gegen Bundes-
innenministerium (Update)**



Volksentscheid Transparenz Berlin

**Öffentlichkeit**

Hamburg: Entwurf für neues Transparenzgesetz verstößt wahrscheinlich gegen Europarecht

Hamburg will das bisher beste Transparenzgesetz Deutschlands reformieren. Statt die Informationspflichten der Verwaltung fortschrittlich zu erweitern, will die Regierung der Hansestadt sie aber einschränken. Eine Regelung des Gesetzentwurfs ist sogar europarechtswidrig.

31.07.2019 um 16:48 Uhr - Arne Semsrott - eine Ergänzung



35C3 - Best of Informationsfreiheit

67,254 views

 1.2K

 139

 SHARE

 SAVE





FragDenStaat



[FragDenStaat.de](https://www.fragdenstaat.de)

LIBYEN





~~VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH~~

Von:	[REDACTED]
An:	[REDACTED]
Cc:	[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]
Betreff:	NER - Migrationsknotenpunkt Agadez - Rückkehr aus der Hölle
hier:	Besuch im IOM-Aufnahmezentrum
Zweck:	Zur Unterrichtung
Verfasser:	[REDACTED]
Geschäftszeichen:	[REDACTED]
Zusatzinformationen:	[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]

I. Zusammenfassung

1. Die Erfahrungsberichte zurückgekehrter Migranten zeichnen ein erschütterndes Bild allerschwerster, systematischer Menschenrechtsverletzungen in Libyen. Authentische Handy-Fotos und -videos belegen die **KZ-ähnlichen Verhältnisse** in den sog. "Privatgefängnissen". Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung. Eine wirkungsvolle Informations- und Sensibilisierungskampagne für die westafrikanischen Herkunftsländer kann einzig hier ansetzen.

2. Vor diesem Hintergrund rechnet IOM mit einer verstärkten Inanspruchnahme seines Aufnahme- und Informationszentrums in Agadez und den weiteren Standorten (Dirkou, Arlit und auch Niamey).

3. Durch Kontrollmaßnahmen der NER-Sicherheitskräfte hat sich die Schleuseraktivität im Raum Agadez zunehmend ins Verborgene verlagert. [REDACTED]
[REDACTED]

II. Handlungsempfehlungen

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED]
[REDACTED]

hier: Besuch im IOM-Aufnahmezentrum

Zweck: Zur Unterrichtung

Verfasser:

Geschäftszeichen:

Zusatzinformationen:

I. Zusammenfassung

1. Die Erfahrungsberichte zurückgekehrter Migranten zeichnen ein erschütterndes Bild allerschwerster, systematischer Menschenrechtsverletzungen in Libyen. Authentische Handy-Fotos und -videos belegten die **KZ-ähnlichen Verhältnisse** in den sog. "Privatgefängnissen". Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung. Eine wirkungsvolle Informations- und Sensibilisierungskampagne für die westafrikanischen Herkunftsländer kann einzig hier ansetzen.

2. Vor diesem Hintergrund rechnet IOM mit einer verstärkten Inanspruchnahme seines Aufnahme- und Informationszentrums in Agadez und den weiteren Standorten (Dirkou, Arlit und auch Niamey).

3. Durch Kontrollmaßnahmen der NER-Sicherheitskräfte hat sich die Schleuseraktivität im